



AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar
Direktor des HWWI und Profes-
sor an der Universität Hamburg
Tel: 040 - 34 05 76 - 100

GEGENWARTSPOLITIK

Das Diktat der Alten

„Merkel und Gabriel wollen nicht gestalten, sie wollen gefallen – und sei es um den Preis der Zukunftsfähigkeit.“ Wie sehr dieser Vorwurf zutrifft, lässt sich bei der geplanten Rentenreform veranschaulichen. Ohne Rücksicht auf Finanzierung und deren Konsequenzen für kommende Generationen ist die schwarz-rote Regierung auf einen Schmuskurs mit den Senioren und Seniorinnen eingeschwenkt. Anstatt bei steigender Lebenserwartung auch länger zu arbeiten, soll ein abschlagsfreier Übergang in die Rente mit 63 Jahren für alle, die 45 Jahre gearbeitet haben, möglich werden. Unbesehen davon, dass es ungerecht ist, Menschen ungleich zu behandeln, wenn sie von 20 bis 65 Jahren auch ihre 45 Jahre am Stück gearbeitet haben, jedoch nicht von der neuen Regelung werden profitieren können.

Dramatischer noch als die zusätzlichen Kosten von rund 10 Milliarden Euro pro Jahr ist das Signal, das von den Rentenbeschlüssen des schwarz-roten Bundeskabinetts ausgeht. Es verdeutlicht mit einer kaum zu vertuschenden Arroganz, bei wem in Deutschland die Macht liegt: bei den Älteren, deren politisches Übergewicht zunehmend dramatischer wird. Die deutschen Regierungsparteien zeigen, dass sie verstanden haben, wo in einer alternden Bevölkerung die politischen Kraftfelder liegen. Nicht erst in einer fernen Zukunft, sondern heute schon lässt sich in Deutschland gegen die Macht der Senioren keine Politik mehr machen.

Wahlsiege und Mehrheiten gibt es nur noch mit und nicht mehr ohne Zustimmung der Senioren. Wer das erkennt, hat

in alternden Demokratien keine politische Überlebenschance. Er wird vom lauten, oft schrillen, manchmal gar gehässigen Protest der Grauhaarigen aus dem Amte gemobbt.

Die Entwicklung des Medianalters (das Alter, das die Bevölkerung in zwei gleich große Gruppen unterteilt, mit je einer Hälfte ober- beziehungsweise unterhalb des betreffenden Alters) liefert die statistische Plausibilität für das opportune Verhalten der deutschen Regierung. 1950 war die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland jünger als 35 Jahre. 2010 lag das Medianalter bei 44 Jahren. In gut 15 Jahren (also 2030) wird die Hälfte der Bevölkerung älter als 50 ein. Anders ausgedrückt, wird innerhalb von acht Dekaden das Medianalter um 15 Jahre gestiegen sein. Wen wundert da, dass nicht mehr Familien mit Kindern, sondern Rentner und Pensionäre den politischen Kurs bestimmen?

Unter 18-Jährige haben auf Bundesebene gar keine politischen Rechte. Und die „Sandwich-Generation“ der nicht mehr Jungen, aber noch nicht Alten, findet kaum Zeit, sich aktiv um Rentenpolitik zu kümmern. Der Verzicht ist zwar ihre freie Entscheidung und damit ihr Fehler. Aber so ist nun einfach der reale Alltag: Politik und Gesellschaft kommen erst nach Familie und Beruf. Das stärkt noch einmal die politische Macht der Grauhaarigen, die eher die zeitlichen Freiräume haben, sich zu engagieren, als Wutbürger ihre Interessen zu verfolgen, bei Protestmärschen mitzumachen und zur Wahlurne zu gehen.

Das Diktat der Alten wird die Richtung der deutschen Politik verändern. Verharren

wird vor verändern kommen. Gegenwart wird wichtiger als Zukunft. Die Lebensqualität der heutigen Generation bestimmt das Tun und nicht die Interessen der Kindeskinde. Eine älter werdende Bevölkerung hat in vielerlei Hinsicht andere Vorstellungen, Wünsche und Erwartungen, als eine jüngere. Sie hat kürzere Zeithorizonte und will den Status quo eher bewahren als an neue Realitäten anpassen.

Die Rentenreform liefert genügend Anschauung, wie sich das Diktat der Alten in der Praxis auswirken wird. Geht es um eine Abwägung zwischen höheren Renten, die durch höhere Beiträge zu finanzieren sind und tieferen Rentenbeiträgen, die erlauben würden, die aktive Generation zu entlasten, verschiebt sich das politische Gleichgewicht immer stärker zu Gunsten der Älteren.

Entlarvend ist dann auch die Rechtfertigung der deutschen Rentenreform: Es wird darauf verwiesen, dass der Großteil der Bevölkerung höhere Renten und eine Absenkung des Renteneintrittsalters begrüße. Die Regierung folge somit einzig und allein dem Willen der WählerInnen, die sich überwiegend für genau diesen Kurs ausgespro-

chen hätten. Wer so argumentiert, macht deutlich, wohin künftig die politische Reise gehen wird. Wem die heutige Stimmung wichtig, die künftige Ernte aber egal ist, vergeift sich ohne Scham am Saatgut und konsumiert lieber heute, als für morgen zu investieren.

Wer es angesichts der demokratischen Mehrheiten riskiert, sich der Macht der Senioren und Seniorinnen entgegenzustellen, hat es bereits heute schwer. Er wird es künftig noch schwerer haben. Mit jedem Tag steigt das Medianalter weiter an und die politischen Gewichte verschieben sich noch stärker zugunsten der älteren Bevölkerung. Je länger gewartet wird, sich dem Diktat der Alten zu widersetzen, umso schwieriger wird es für die junge Generation und ihre Kindeskinde werden, die Machtübernahme durch die Senioren zu verhindern. Noch nicht geborene oder kleine Kinder haben keine Lobby, weil sie kein politisches Gewicht haben. Sie können weder wählen noch abstimmen. Deshalb glaubt man, ihnen ungefragt und ungestraft die Folgekosten für Mildtaten zugunsten der heutigen Rentnergenerationen zumuten zu dürfen.

Um die Jungen gegen eine Diktatur der Alten zu schützen, sollten Kinder das aktive Wahl- und Stimmrecht erhalten. Für unter 18-Jährige müssten Eltern oder Sorgerechtsvertreter die politischen Interessen ihrer Zöglinge bis zu deren politischen Volljährigkeit wahrnehmen können. Das tun sie als Erziehungsberechtigte ja sowieso in allen anderen Bereichen. Wieso nicht auch bei politischen Entscheidungen?

Wenn Kinder von Geburt an das aktive Wahl- und Stimmrecht erhalten, werden sie für die heutige Politik schlagartig interessant. Sie wären dann nicht mehr länger machtlos und müssten ohnmächtig zusehen, wie die älter werdende Gesellschaft von heute zu oft und zu weitreichend die Handlungsspielräume kommender Generationen verengt. Dann hätten auch Kinder wenigstens indirekte Macht und Mitsprache, über ihre eigene Zukunft selber zu entscheiden. Dann hätten auch sie eine Stimme, die gehört werden müsste.

Dieser Beitrag erschien am 28. Februar 2014 auf „Die Welt“ (www.welt.de).